

POSTULAT von Dr. Oskar Denzler (FDP, Winterthur), Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a.A.) und Franziska Frey-Wettstein (FDP, Zürich)

betreffend Behebung von Behandlungsengpässen in öffentlichen Spitälern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, notwendige Massnahmen zu prüfen, um Behandlungsengpässe am Universitätsspital Zürich (USZ), wie sie zur Zeit in der Radio-Onkologie bestehen, rasch und effizient zu beheben.

Insbesondere ist die Zusammenarbeit mit anderen, auch privaten Institutionen, abzuklären.

Begründung:

Wie kürzlich den Medien zu entnehmen war, bestehen an der Klinik für Radio-Onkologie zur Zeit erhebliche Wartezeiten. Weit über 100 Krebspatientinnen und -patienten warten monatlich rund 7 Wochen auf eine geplante Strahlentherapie. Der Engpass liegt offensichtlich beim medizinisch-technischen Personal des Bestrahlungsteams, welches den Linearbeschleuniger bedient. Ein sehr teures Gerät, das infolge des geschilderten Personalmangels auch schlecht ausgelastet ist.

Neben der unbefriedigenden und belastenden Situation für die betroffenen Krebspatientinnen und -patienten entstehen negative Einflüsse auf das Klinikbudget.

Lange Wartezeiten bei einer einmal festgelegten und als notwendig erachteten Therapie generieren zusätzlichen Leidensdruck und bewirken oft weitere vermeidbare medizinische Interventionen wie auch Notfallhospitalisationen.

Der gute Ruf des USZ wird durch entsprechende Medienberichte über versteckte Rationierungen in Mitleidenschaft gezogen.

Von der Direktion der Radiotherapie in die Wege geleitete Schritte betreffend Behebung des Missstandes zeitigten offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg oder konnten nicht umgesetzt werden.

In diesem Sinne sind folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Optimierungskonzept zur besseren Ausnützung der personellen und materiellen Ressourcen.
2. Zusammenarbeit mit andern Institutionen, auch mit privaten Spitälern, welche Kapazitäten zum Beispiel der Radio-Onkologie - gegen entsprechende Bezahlung oder auf eigene Rechnung und mit eigenem Personal - mitbetreiben könnten.

Dieses Vorgehen soll die unbefriedigende Situation der betroffenen Patientinnen und Patienten unabhängig vom Versicherungsstatus verbessern, ohne dass erhebliche Mehrkosten entstehen.

Entsprechende Zusammenarbeitsmodelle mit anderen Institutionen liessen sich selbstverständlich auch auf andere Abteilungen des USZ wie anderer öffentlicher Spitäler ausdehnen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die aktuelle Situation der Radio-Onkologie erfordert Sofortmassnahmen, damit die Wartezeiten auf ein zumutbares Mass reduziert werden können.

Dr. Oskar Denzler
Jürg Leuthold
Franziska Frey-Wettstein